

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Leipzig, Rosen & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Herausgeber: Dr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespausen mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung mit Rabatt gemindert, ebenso auf Vereinsanzeigen. Insete werden bis höchstens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. Ansonsten voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 261.

Dresden, Freitag den 8. November 1918.

29. Jahrg.

## Was geht in Berlin vor? Das sozialdemokratische Ultimatum an Wilhelm II.

### Forderungen der Stunde.

Das Tempo der revolutionären Ereignisse wächst und hat den Grad der Ueberstürzung erreicht. Der Versuch, einen Ueberblick über die neuesten politischen Vorgänge in Deutschland zu gewinnen, wird dadurch erschwert, daß Verbindungen zerfallen sind, die uns noch gestern mit wichtigen Teilen des Reiches verknüpften. Während in der Dijegegend die deutschen Bevollmächtigten mit dem Reichskriegsminister zusammenstießen, während in Tirol bayerische, in Gerschäftliche Truppen eingerückt sind, ist die Bahnverbindung mit Berlin unterbrochen. Wahrscheinlich spielen sich in der Hauptstadt gegenwärtig Vorgänge von großer Tragweite ab.

Da der Friede zum Greifen nahe, da der Waffenstillstand eine Frage weniger Stunden ist, hat das Volk im Augenblick nur noch ein wichtiges Interesse: daß sich die stürmische politische Entwicklung, die in einigen Tagen und Städten des Reiches eingeleitet hat, in Formen vollziehen möge, die uns nicht schlimmere Zustände befeuern, als der Krieg sie mit sich brachte. Mehr denn je kommt es für jeden, der sich der Verantwortung der Stunde bewußt ist, darauf an, ruhigen Blick und Denken die Oberhand zu verschaffen. Das gilt vor allen Dingen auch für die verantwortlichen Männer des Reiches. Aber man hat das Gefühl, daß in gewissen Regionen die Nervosität mit der Schwere der Stunde gewachsen ist. Was soll aus nach der Antwort der Militärs der Einnahme in Tirol und Wäldern nützen? Gewiß, können von Oesterreich der Gefahren drohen, die mit militärischen Maßnahmen abgewendet werden müßten.

Die sächsischen und bayerischen Südgrenzen sind seit dem österreichischen Zusammenbruch Aufmarschgebiete der Gegner geworden und gerade wir, im sächsischen Süden, haben den starken Wunsch, daß die italienischen Kanonen oder die Geschütze der Ucheho-Slowaken nicht über die Erzgebirgskämme hinwegdonnern. Aber das sind Sorgen von gestern, denn in diesem Augenblick dürfte im Westen schon alle Gefährdung beseitigt sein. Unser wahrscheinlichster letzter militärischer Vormarsch, konnte also ruhig unterbleiben, zumal er ohne Verständigung mit den Deutsch-Oesterreichern geklärt ist; er muß betrachtet werden als letzter notwendiger Ausfluß einer schwierigen Situation. Die Leute müßten von allen guten Geistern verlassen sein, die sich einbilden, wir könnten in dieser Situation mit weiteren militärischen Aktionen bessere Friedensbedingungen schaffen. Zeitgenossen von diesem Denken stehen auf der gleichen geistigen Höhe wie jene Stimmen aus dem Lager der sogenannten unabhängigen Sozialisten, die noch bis gestern ausgerechnet die deutsche Regierung verantwortlich machten dafür, daß die Entente die Friedensantwort verzögerte. Der Hunspruch der deutschen Oberleitung an Marschall Foch bewußt, wie eilig es auch die Oberste Seeresleitung mit dem Frieden hat, und wenn es wahr ist, daß in Marineoffizierskreisen ein Aufbruch geplant war, so dürfen Offiziersstimmen schon aus Gründen der politischen Reinlichkeit nicht mit dem seit Wochen klar ausgesprochenen Friedenswillen der deutschen Regierung verwechselt werden.

Unsermuh muß namentlich den bürgerlichen Parteien nachdrücklicher denn je klar gemacht werden, daß rascher Friede nicht genügt, sondern daß das Volk auch in den noch ungelösten Fragen der inneren Politik rasch ungewöhnliche Klarheit haben muß, wenn sich nicht die Vorgänge in den Städten der Wasserlande und Städten Süddeutschlands über Deutschland zu einem verhängnisvollen Wirrwarr ausbreiten sollen. Die sozialdemokratische Parteileitung hat gestern noch einmal die Gesamtlage besprochen und Ebert und Scheidemann beauftragt, dem Kanzler folgendes zu erklären:

1. die Versammlungsbefehle für heute aufgehoben werden,
2. Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden,
3. daß die preussische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird,
4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung vergrößert wird,
5. daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis Freitag mittag bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. Unsere Forderungen kommen in der Kaiserfrage auf ein Ultimatum hinaus, das nötig geworden ist, nachdem weder die bürgerlichen Parteien noch der Kaiser die Notwendigkeit der Stunde anerkannt zu haben scheinen. Es ist schon ein unerträglicher Zustand, daß Wilhelm II. trotz Einspruchs der Regierung noch immer die Rückkehr aus dem Hauptquartier verweigert hat.

Daß Veröffentlichung sudapeter Blätter soll er erklärt haben, daß er bei der jetzigen verworrenen Lage freiwillig unter keinen Umständen keinen Platz verlassen werde. Er könne Deutschland im Augenblick des Friedensschlusses unmöglich den Verbände und der völligen Anarchie ausliefern. Die sudapeter Meldungen sind nach alter Erfahrung immer mit Vorsicht aufzunehmen. Trotzdem halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß sich im Kopfe Wilhelms II. tatsächlich die Welt so verworren malt, wie diese Meldung schließen läßt. Aber die ganze Abdankungsfrage ist unserm Erachten in zu weit vorgeschrittenem Stadium, als daß eine Erörterung der Philosophie Wilhelms nötig wäre. Um so mehr müssen von den bürgerlichen Parteien rasche Entschlüsse gefaßt werden. Die Forderungen der Abdankung, die bisher eine Forderung der politischen Vernunft und eines günstigen Friedens war, ist durch die Bewegung im Reiche zu einer Volksforderung geworden, die nicht mehr mit nationalliberal-monarchistischen Wesenszügen übergegangen werden kann. Ist die Sozialdemokratie gezwungen, aus der Regierung auszutreten, so dürften Wilhelms Ratgeber an dem weiteren Verlauf der Dinge erkennen müssen, daß eine rasche Abdankung nur der staatlichen Ordnung und nicht der Anarchie gebietet hätte.

Wielleicht haben gegenwärtig die Ereignisse auch diese Betrachtungen bereits überholt. Wir wissen nicht, was in der Reichshauptstadt vorgeht. Sind es Vorgänge nach dieser Art? Wenn schon, dann wollen wir wenigstens wünschen, daß sie sich nicht gewalttätiger als in Kiel abspielen. Wir sind gegen alle bolschewistische Bestrebungen mit Deutschland aufgetreten und sind uns klar darüber, daß mit einem politischen Wirrwarr dem deutschen Volke Schlimmes befohrt werden kann. Wir haben innerhalb der letzten Wochen auf dem Gebiete der inneren Politik sozialdemokratische Errungenschaften erreicht, wie sie eine blutige Revolution nicht rascher hätte bringen können. Wir hätten gewünscht, daß die demokratische Aufwärtsentwicklung sich weiter so vollzogen hätte. Man braucht sich nur die jetzige Situation zu vergegenwärtigen, um uns zu verleben. Wichtige Jugendverbindungen nach Berlin, nach Hamburg, nach dem Norden, Westen und Osten Deutschlands sind unterbrochen. Man denke sich solche Störungen auf das komplizierte deutsche Eisenbahnnetz ausgebreitet und male sich aus, welches Unheil daraus für die Volksernährung entstehen müßte. Wir können darum nur wünschen, daß die deutsche Volksbewegung, nachdem sie hier und da einen hitigen Verlauf eingeschlagen hat, rasch zu Erfolgen kommen möge, die die gegenwärtig wichtigsten Interessen des Volkes sichern. Soweit man bisher erblickt, haben in den revolutionären Städten die besonnenen disziplinierten Elemente die Oberhand behalten; Hölle von Blindern und Anarchie können nur vereinzelt aufgetreten zu sein. Das

die nächsten Tage auch bringen mögen — für die Volksmassen, die nicht nur Friede und Freiheit, sondern auch Brot wollen, bleibt fest als dringende Parole: sich ruhig und geschlossen hinter die Sozialdemokratie zu scheren, damit aus den Umwälzungen nicht Unheil, sondern Freiheit und Wohlfahrt für das deutsche Volk erwoche.

### Wenn das Ultimatum nicht angenommen wird.

Berlin, 8. November. In maßgebenden politischen Kreisen nimmt man als feststehend an, daß im Falle der Nichtabgabe des Kaisers das Ende der gegenwärtigen Reichsregierung eintritt. Es ist dadurch, daß der Reichskriegsminister Kar sein Amt niederlegt, aber dadurch, daß die sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung auscheiden. Wenn das gegenwärtige auf das Programm der Reichstagsparteien beruhende Kabinett seinen Zusammenhalt verliert, dann ist kein Zweifel mehr darüber möglich, daß die zur Zeit im Amt befindliche Reichsregierung durch eine sozialdemokratische Regierung abgelöst werden würde. Ob diese neue Regierung sich lediglich aus Mitgliedern der Reichstagsparteien zusammensetzt, oder ob auch Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokraten zu ihr gehören würden, läßt sich jetzt noch nicht voraussagen.

### Foch an Hindenburg.

wth. Berlin, 7. November. (Kölnisch.) Folgender Hunspruch ist diese Nacht von deutscher Seite hinausgegangen: Die deutsche Oberste Seeresleitung auf Anordnung der Regierung an Marschall Foch:

Nachdem die deutsche Regierung im Auftrag des Reichskönigs der Vereinigten Staaten benachrichtigt worden ist, daß Marschall Foch ernannt ist, beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen, um ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen, sind folgende Bevollmächtigte ernannt worden: General der Infanterie v. Gumbel, Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff, General v. Winterfeldt und Kapitän Banckow.

Die Bevollmächtigten bitten um Mitteilung durch Hunspruch, wo sie mit Marschall Foch zusammentreffen können. Sie werden begleitet sein von Kommissaren und Dolmetschern nicht unterpersonal und in Kraftwagen an dem zu bezeichnenden Orte eintrifft. Die deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit Eintreffen der deutschen Delegierten an dem Ort der Verhandlungen vorläufige Waffenruhe eintrifft könnte.

Marschall Foch hat darauf geantwortet: An das deutsche Oberkommando von Marschall Foch.

Wenn die deutschen Bevollmächtigten mit dem Marschall Foch wegen des Waffenstillstandes zusammentreffen wollen, mögen sie sich bei den französischen Korpsen auf der Straße Chimay—Goumies—La Capelle—Quise einfinden. Es sind Befehle erlassen, sie zu empfangen und an den für die Zusammenkunft bestimmten Ort zu leiten.

## Die Volksbewegung im Reiche.

Ueber die Vorgänge in den Seestädten liegen auch heute außer unkontrollierbaren Privatmeldungen nur spärliche Nachrichten vor. Die Berliner Presse und mit ihr auch der Vorwärts mühten sich auf die Wiedergabe eines sehr dürftigen Berichtes „von zuständigen Seite“ begnügen. Wir halten, wie schon gesagt, jeden Verlust, so wichtige Vorgänge totzuschweigen, für einen schwereren politischen Fehler und müssen dem Berliner Tageblatt recht geben, wenn es schreibt: „Diese Methode der Zensur, die der reichshauptstädtischen Presse einen Maulkorb vorhängt, ist einfach unhaltbar, und man wird vom Reichstag erwarten dürfen, daß er schleunigst diesem Zensurverbot ein Ende bereiten wird.“ Noch törichter aber ist das Unterfangen, die „Revolution“ zu verbieten, wie es der Oberbefehlshaber in den Marken in folgender Bekanntmachung tut:

In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Nützung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden.

Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit. Ich verbiete auf Grund des § 10 des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran.

Mit solchen schuldbürgerhaften Verböten, die schon 1848 dem billigen Wille eines Glasbrenner verfallen wären, lassen sich erst recht heute Volksbewegungen nicht mehr aufhalten. Sie dokumentieren lediglich die kindliche Ahnungslosigkeit, mit der sich ein militärischer Oberbefehlshaber in seiner Zeit lebt und beweisen von neuem, wie dringend nötig es ist, die öffentliche Gewalt in diesen ernsten Tagen restlos in die Hand der Zivilbehörden zu legen.

Die Ereignisse schreiten unaufhaltsam fort und machen alle diese Papierbefehle null und nichtig, noch ehe der Meißner trocknet, mit dem sie an die Mauern geklebt wurden. Die Bewegung scheint bereits nach Berlin übergegriffen zu haben. Was geht in Berlin vor? Niemand weiß es, vage Gerüchte schwirren umher, Nachrichten treffen nicht ein. Die Ereignisse selbst arbeiten nur der Zensur in die Hände: Wolffs Bureau läßt den spärlichen Meldungen, die es über die Seestädte bringt, nur die Mitteilung hinzugeben:

Wegen Unterbrechung der Verbindung mit Berlin können weitere Nachrichten nicht angegeben werden.

Wir haben nie den Ernst dieser Stunde verkannt und wünschen noch heute im Interesse der Arbeiterkassat dringend, daß sich die Entwicklung der Dinge in ruhigen, geordneten Bahnen vollzieht. Wir haben immer zur Ruhe und Besonnenheit gerufen, haben aber auch stets mit allem Ernst daran erinnert, daß der verheerenden Politik des Bögens ein rasches Ende gemacht werden muß. Diese fröhliche Unentschlossenheit in innerpolitischen Fragen richtet auch in dieser Stunde noch unabhöhrbares Unheil an. Mit Wahnungen zur Besonnenheit allein ist es nicht getan. Und wenn sich jetzt die durch vier schwere Kriegsjahre hindurch aufgeschobene Unzufriedenheit des Volkes gewaltig entlockt, so rächt sich nur eine Politik, vor der wir vier Jahre lang vergeblich warnen, die wir mit aller Energie bekämpft haben. Und nun, da die ernste Gefahr droht, daß eine spontane Bewegung alle Elemente der Arbeiterkassat die Aufgabe, Einfluß auf den Gang der Ereignisse zu gewinnen, sich über den jenseitigen Ernst der Lage klar zu bleiben, die ruhige